

Sabine Dittmar, MdB

Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

Mehr Geld für gesetzliche Betreuer

Sabine Dittmar begrüßt Erhöhung der Vergütung um durchschnittlich 17 Prozent

Berlin, 21. Mai 2019

Sabine Dittmar, MdB

Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: +49 30 / 22771810 Fax: +49 30 / 22776811 sabine.dittmar@bundestag.de www.sabine.dittmar.com

Wahlkreisbüro Bad Kissingen

Spargasse 10 97688 Bad Kissingen Telefon: +49 971 / 6994949 Fax: +49 971 / 6994950 sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Haßfurt

Marktplatz 6

97437 Haßfurt Telefon: +49 9521 / 5048809 Fax: +49 9521 / 5048811 sabine.dittmar.ma07@bundestag.de Bad Kissingen/Bad Neustadt/Haßfurt Der Deutsche Bundestag hat das Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung beschlossen. Die Betreuervergütung wird damit um durchschnittlich 17 Prozent erhöht. Auch im Wahlkreis Bad Kissingen gibt es in Haßfurt, Bad Neustadt und Bad Kissingen Vereine, die sich um die Betreuung von Personen, die ihre persönlichen Angelegenheiten nicht mehr regeln können, kümmern.

"Gerichtlich bestellte Betreuerinnen und Betreuer leisten eine wichtige und unverzichtbare Arbeit." Die SPD-Bundestagsabgeordnete Sabine Dittmar macht klar, dass mit dem in der vergangenen Woche verabschiedeten Gesetz eine ebenso wichtige wie richtige Entscheidung getroffen wurde. "Die finanzielle Lage der gesetzlichen Betreuung ist zuletzt immer kritischer geworden."

Bereits seit langem klagen Betreuungsvereine, die es auch in Haßfurt, Bad Neustadt und Bad Kissingen gibt, dass die Vergütung für ihre wichtige Arbeit zu niedrig sei. Die Sätze waren zum letzten Mal 2005 angepasst worden. "Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich schon lange für eine Erhöhung ein", berichtet Sabine Dittmar. "Jetzt kommt sie endlich und die Betreuer bekommen die finanzielle Unterstützung, die für ihre Arbeit erforderlich ist."

Im Durchschnitt steigt die Vergütung um 17 Prozent. Zudem sieht das Gesetz vor, dass das bisherige Vergütungssystem, eine Kombination von Stundensätzen und Stundenzahlen, durch fallbezogene Monatspauschalen abgelöst wird. "Das baut spürbar Bürokratie ab und vereinfacht zudem die künftige Anpassung an die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung."

Bund und Länder hatten sich im Vorfeld in intensiven Verhandlungen auf diesen Kompromiss geeinigt, an dem aus Sicht von Sabine Dittmar nun nicht mehr gerüttelt werden sollte. Stattdessen würde es die SPD-Bundestagsabgeordnete begrüßen, wenn auch der Bundesrat dem Gesetz zügig zustimmen würde.



"Die Zeit drängt, denn die finanzielle Lage der gesetzlichen Betreuung wird immer kritischer." Bei einigen Betreuungsvereinen sei die Situation bereits so dramatisch, dass sie sich aus Kostengründen ihre Arbeit einstellen mussten. "Der demographische Wandel wird dafür sorgen, dass Betreuungsvereine in Zukunft immer öfter gebraucht werden. Wir müssen alles dafür tun, dass sie vernünftig arbeiten können", fordert Sabine Dittmar.

Betreuungsvereine begleiten, beraten und unterstützen ehrenamtliche Betreuer und stellen Vereinsbetreuer an. Sie übernehmen die rechtliche Betreuung von Personen, die aufgrund von körperlichen, geistigen, psychischen oder seelischen Leiden nicht mehr in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu regeln. Die kommunalen Betreuungsbehörden und Amtsgerichte stellen einen Betreuer, wenn möglich aus dem persönlichen Umfeld. Ist dies aus verschiedenen Gründen nicht möglich, werden Berufsbetreuerinnen und -betreuer oder Vereinsbetreuer von den Amtsgerichten bestellt.

Betreuungsvereine im Wahlkreis

ARV Unterfranken e. V.
- Betreuungsverein (BtG) Schönbornstraße 66
97668 Bad Kissingen
Telefon: 0971-99080

ARV Unterfranken e. V.
- Betreuungsverein (BtG) Goethestraße 15e
97616 Bad Neustadt a. d. Saale
Telefon: 09771-5006

Netzwerk Betreuungsverein Haßberge e.V. Spenglergasse 1 97437 Haßfurt Telefon: 09521-6190022